

# Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe April 2017

## **ORTSUMGEHUNG OLSBRÜCKEN:ES GEHT WEITER Ausbau B 270 HIRSCHHORN:BEGINN SOMMERFERIEN**

Die Ortsumgehung Olsbrücken befindet sich zurzeit im Planfeststellungsverfahren. In diesem werden unter anderem die Einwände und Einsprüche Dritter überprüft. Seitens des Fachbeirates für Naturschutz, in dem die Landesnaturschutzbehörden und die Umweltverbände vertreten sind, sind zwei wesentliche Einwände erhoben worden. Diese werden im Moment vom Landesbetrieb Mobilität (LBM) geprüft und jeweils eine –konsensfähige– Alternative erarbeitet.

Im Sommer soll es zum Ausbau der B270 in Hirschhorn kommen, welcher unter Vollsperrung der Ortsdurchfahrt erfolgen muss.

Zu beiden Projekten sprach die „Dorfschell“ mit Richard Lutz, dem Leiter des LBM.

**Dorfschell:** Welches sind die beiden wesentlichen Einwände gegen die Trassenführung der Ortsumgehung Olsbrücken?

**Lutz:** Zum einen wird die Tiefe des Einschnitts in den Hang in der Nähe des Brühlhofs von etwa 50-60 Meter bemängelt, zum anderen wird die zwischen der neuen Trasse und der Eisenbahnlinie entstehende „Insellage“ als ökologisch inakzeptabel angesehen. Ebenfalls ist man mit der neuen Trasse in der Nähe des Bahnhofs nicht einverstanden. Man will sie näher an die Bahnlinie rücken lassen, um damit eine Trassenbündelung zu erreichen.

**Dorfschell:** Was gedenkt man seitens des LBM zu tun?

**Lutz:** Wir planen zurzeit, die Trasse am Brühlhof näher an die Bahnlinie zu legen. Dadurch verringern wir den Hangeinschnitt und beseitigen die „Insellage“. Das ist technisch machbar, hat aber Nachteile.

**Dorfschell:** Welche Nachteile sind das?

**Lutz:** Die Brücke, die über die Lauteraue führt, wird länger und damit teurer. Außerdem rücken wir näher an das geplante Baugebiet ausgangs Olsbrücken heran. Wir müssen prüfen, ob wir dadurch mit den Lärmschutzgrenzwerten in Konflikt geraten. Auch in einem solchen Fall könnten wir durch den Bau von Lärmschutzwänden zu einer akzeptablen Lösung kommen.

**Dorfschell:** Das hört sich nach einer letztlich

hinnehmbaren Lösung an. Wie sieht es bei der Behebung der Bedenken bei der Trasse am Bahnhof aus?

**Lutz:** Es ist für uns planerisch durchaus möglich, die Umgehungsstraße dort näher an die Bahn zu legen. Das Problem ist der Wirtschaftsweg in Höhe der dortigen Scheune.

**Dorfschell:** Was ist das für ein Problem?

**Lutz:** Wir wollten den Wirtschaftsweg mittels einer Unterführung auf die andere Straßenseite bringen. Das ist bei einer Trassenverlegung nicht mehr möglich. Wir müssten bestehende Wirtschaftswege verlängern, um das jenseits der Bahn/Straße gelegene Gelände zu erschließen. Dies erscheint aber machbar.

**Dorfschell:** Sind das alle Einwände?

**Lutz:** Nein, es gibt noch mehr. Die sind aber kleinerer Art und können durchaus mit überschaubarem Aufwand beseitigt werden.

**Dorfschell:** Bringen die vorliegenden Einwände eine nennenswerte Verzögerung des Planfeststellungsverfahrens mit sich?

**Lutz:** Ja durchaus. Da wir wegen der Erheblichkeit der notwendigen Veränderungen im Planfeststellungsverfahren in eine neue Offenlegungsphase müssen, rechne ich mit einem Zeitverzug von 1,5 bis 2 Jahren.

**Dorfschell:** Wann, meinen Sie, kann mit den Bau begonnen werden?

**Lutz:** Ich gehe davon aus, dass ein Baubeginn

innerhalb der nächsten fünf Jahre realistisch ist, so wir keine Klagen gegen einen Planfeststellungsbeschluss bekommen. Außerdem erwarte ich eine Bauzeit von drei Jahren.

**Dorfschell:** Herr Lutz, noch kurz zum Ausbau der B270 in Hirschhorn. Wann soll es losgehen und wie lange soll es dauern?

**Lutz:** Wir wollen zu den diesjährigen Sommerferien starten und rechnen mit einer Bauzeit von mindestens zwei Jahren.

**Dorfschell:** Der Bau soll unter Vollsperrung erfolgen. Warum?

**Lutz:** Aus Sicherheitsgründen für die Arbeiter. Bei einer halbseitigen Sperrung wäre bei den engen örtlichen Verhältnissen die Gefahr zu

groß, dass ein Auto in die Arbeitsgrube stürzt und dort Arbeiter verletzt oder gar tötet.

**Dorfschell:** Heißt das, dass alle, die das Lautertal befahren, mindestens zwei Jahre lang, die weite Umleitung fahren müssen?

**Lutz:** Nicht ganz! Wir arbeiten in Bauabschnitten. Somit können wir zu bestimmten Perioden den Verkehr wieder fließen lassen. Wir planen, im Winter 2017/2018 in der Zeit von Dezember bis Februar die Straße zu öffnen. Dasselbe gilt für die Sommerferien 2018, weil die Bahn in dieser Zeit ihre Lautertalstrecke schließt, und dann erneut im Winter 2018/2019.

**Dorfschell:** Herr Lutz, wir danken Ihnen für das offene und informative Gespräch.

## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Wahl im Saarland ist vorbei; sie lief für die CDU sehr gut, für die SPD weniger gut. Nun kann man fragen, was ist für uns in Olsbrücken und Frankelbach daran so interessant. Einiges, kann man erwidern.

1. Es hat sich –wieder einmal - gezeigt, dass die Demoskopien sich erheblich irren können. Kein prognostiziertes Kopf-an-Kopf-Rennen, sondern eine klare Sache.

2. Die Wahlbeteiligung war hoch, also ein deutliches Zeichen einer Abkehr von Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung.

3. Eine – leichte - Relativierung des sogenannten „Schulzeffektes“, von dem die SPD in Umfragen so stark profitiert hat. Zwar hat die SPD im Saarland gegenüber ihrem Umfragetief von 24% Ende Januar 2017 über 5%-Punkte hinzugewonnen, aber auch ihr Ergebnis der letzten Wahl nicht erreicht. **Martin Schuzt kann auch nicht Berge versetzen. Keinesfalls ist aber, wie manche Medien behaupten, das Ende des auf die Person des Martin Schulz beruhenden Aufschwungs der SPD erreicht.**

Dafür hatte diese Wahl im Saarland zu viele saarlandspezifische Entscheidungsgründe.

- Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) war und ist eine sehr beliebte Ministerpräsidentin. Allein 50% der CDU-Wähler haben wegen ihr die CDU gewählt. Wir haben ähnliche Effekte bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (Malu Dreyer, SPD) und Baden-Württemberg (Winfried Kretschmann, Die Grünen) erlebt.

- Im Saarland war man mit der Regierung der Großen Koalition (CDU/SPD) zufrieden und wollte keine Änderung.

Insgesamt sollten wir froh sein, dass Saarland-Themen die Wahlentscheidung dominierten. Wahlen sollen mit den Themen entschieden werden, die im Wahlgebiet vorherrschen, also bei den Kommunalwahlen kommunale Themen, bei den Landtagswahlen Landesthemen, bei der Bundestagswahl Bundesthemen. Das ist Demokratie und wird auch deren jeweiligen Repräsentanten (Kommunalabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete) gerecht.

### **IMPRESSUM:**

**Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.**

**Auflage dieser Ausgabe: 660**

**Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)**

**<http://spd-of.de>**

## MARTIN SCHULZ: ES WIRD KONKRET

Martin Schulz hatte unmittelbar nach seiner Auswahl als Kanzlerkandidat einige Schwerpunkte seiner Politik benannt (die „Dorfschell“ berichtete in ihrer Februarausgabe darüber). So stehen für ihn insbesondere die gesellschaftliche, soziale Gerechtigkeit, die Schaffung von gleichberechtigter Bildung und die Stärkung der Europäischen Union im Vordergrund. Nun hat Martin Schulz konkrete Absichten vorgestellt.

### 1. Gesellschaftliche, soziale Gerechtigkeit:

- Als erstes soll und muss die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleiche Arbeit beseitigt werden. Wenn in diesem Jahr Frauen – statistisch gesehen - bis zum 18.März (**sog. Equal Pay Day**) entgeltlos arbeiten mussten, um auf denselben Jahreslohn wie ihr männlicher Arbeitskollege zu kommen, so ist das schlichtweg ein Skandal. Das ist einfach ungerecht. Wenn man bedenkt, dass unser Grundgesetz in seinem Artikel 3 ausdrücklich die Gleichheit von Frau und Mann fordert, dann ist nicht zu verstehen, wieso diese ungleiche Bezahlung bisher nahezu klaglos hingenommen wurde. **Martin Schulz will das ändern. Eines seiner beiden ersten Ziele, die er nach seiner Wahl zum Bundeskanzler angehen will, ist die Beseitigung dieses Misstandes.**
- Auf Initiative der SPD hat man im Bund ein Gesetz zur **Lohntransparenz** beschlossen; d.h., Frauen und Männer haben das Recht zu erfahren, was Kolleginnen und Kollegen mit vergleichbaren Jobs verdienen. **Martin Schulz: „Das ist ein erster Schritt, aber es reicht nicht aus.“** Es muss – insbesondere Frauen - die Möglichkeit gegeben werden, von Teilzeitarbeit auf Vollzeitarbeit zu wechseln, wenn zum Beispiel die Babyphase beendet ist. Die CDU blockiert das Gesetz mit dem Argument, dies seien für Unternehmen bürokratische Hürden, die die unternehmerische Planung unzumutbar beeinträchtigten. Ähnliches hat man vor der Einführung des Mindestlohns gemeint. **Und: Nichts ist davon wahr geworden.**
- Ganz allgemein will Martin Schulz, **dass zukünftig befristete Verträge nur gestattet sind, wenn ein nachvollziehbarer Befristungsgrund gegeben ist (z.B. Schwangerschaftsvertretung).** Ursprünglich waren befristete Verträge auch nur unter diesen Umständen erlaubt. Mittlerweile ist die Praxis eine ganz andere: Viele, insbesondere junge,

Arbeitnehmer kommen von einem befristeten Vertrag in den nächsten. Eine Planungs- und Perspektivsicherheit ist somit unmöglich. Das ist ungerecht. Den Interessen der Arbeitgeber kann damit entgegengekommen werden, dass man echte Befristungsgründe großzügig akzeptiert.

- Managergehälter sollen nur bis 500000€ Jahresentgelt vom Unternehmen steuerlich abgesetzt werden dürfen. Dies ist gegenüber allen Normalverdienern gerecht. Auch das blockiert die CDU. Warum wohl?!
- Es soll ein Arbeitslosengeld Q (Qualifizierung) eingeführt werden. Konkret heißt das: **Wer nach drei Monaten Arbeitslosigkeit keinen Job gefunden hat, bekommt eine persönliche Beratung und ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme.** Egal, wie alt jemand ist: Die Förderzeit für die Qualifizierung kommt „obendrauf“; d.h., die Weiterbildungszeit wird nicht mehr auf die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes angerechnet.

### 2. Gleichwertige Bildungschancen für alle:

Neben dem Arbeitslosengeld Q soll es eine deutliche Verstärkung der beruflichen Weiterbildung durch staatliche Unterstützung geben, indem insbesondere

- der Zugang zur Weiterbildung stark geöffnet wird,
- die notwendigen Kompetenzen für die digitale Arbeitswelt vermittelt werden,
- Weiterbildung allgemein als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert wird. Besonders sollen hiervon Geringqualifizierte, Ältere sowie geringfügig Beschäftigte profitieren. Denn die fallen sonst immer durchs Netz! Die gesamte Bildung soll zugänglich werden, ohne dass dafür Gebühren oder Entgelte bezahlt werden müssen. Das gilt für die Kitas, alle Schulen sowie Universitäten und Fachhochschulen, aber auch für die berufliche Weiterbildung.

Bildung für alle ist ein wesentlicher Pfeiler für Gerechtigkeit, aber auch wesentliche Grundlage für eine weitere gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. **Denn ein rohstoffarmes Land wie Deutschland lebt von dem „Grips“ und den Fähigkeiten seiner Arbeitskräfte.**

### 3. Stärkung der Europäischen Union:

Schon aus seinem Lebensweg als langjähriger Europaparlamentsabgeordneter und Präsident des Europaparlaments ist ersichtlich, dass für Martin Schulz eine starke Europäische Union eine Herzensangelegenheit ist. Deshalb ist es nur zu verständlich, wenn neben der Lohn-gleichstellung von Frau und Mann die Stärkung der Europäischen Union sein Hauptanliegen am Anfang seiner Kanzlerschaft ist. Deutschland profitiert am meisten von der EU, ist aber als größtes und stärkstes Mitglied auch ihr Anker. Deshalb ist es auch im deutschen Interesse, sich

für die Wahrung der Einheit und Solidarität in der EU einzusetzen und das sogleich und mit aller Macht. Nur so kann Europa den rücksichtslosen Angriffen von Trump, Putin, Erdogan erfolgreich sich widersetzen.-

### Eine Randbemerkung sei noch gestattet:

Die SPD war es, die während der Großen Koalition alle Gerechtigkeitsprojekte angestoßen und durchgesetzt hat, zum Teil gegen heftigen Widerstand der CDU. Als da waren:

**Mindestlohn, Bafög-Reform, Pflegereform, Mietpreisbremse, Rente mit 63, Erwerbsminderungsrente und vieles anderes mehr.**

**Man sieht: Martin Schulz und die SPD werden konkret und sind mit ihren Reform- und Weiterbildungsprojekten jetzt schon weiter als die CDU in all diesen Jahren und mit all ihren Vorhaben.**

## DREIECK AM WALDHOF/HOHLSTRAßE - ES GEHT VORAN

Die Arbeiten zur Gestaltung des Grundstücksdreiecks zwischen den Straßen Am Waldhof und Hohlstraße schreiten voran. Nachdem schon einige Vorarbeiten gemacht worden waren, wurde am 1. April in einem gemeinsamen Arbeitseinsatz ein gutes weiteres Stück geschafft. Unter Leitung von Mathias Fischer haben einige Mitglieder des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach Spaten und Hacke in die

Hand genommen und dem Platz Gestalt gegeben. Man kam dem Ziel, einen ansprechenden Platz zu schaffen, der auch dem Aufenthalt und der Erholung dienen soll, erheblich näher. So wird diese Grünfläche demnächst fertiggestellt sein.

Vielleicht fühlen sich auch weitere Olsbrücker Bürger angeregt, bei diesem und anderen Projekten mitzumachen.

Gestaltungsplan der Grünfläche „Grünes Eck Am Waldhof“ Olsbrücken

